



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Wugk, Franz: Von Loubet zu Fallières

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Don Loubet zu Fallières



Im Februar vergangnen Jahres ereignete sich ein interessanter parlamentarischer Zwischenfall. Es handelte sich im Senat um die Annahme des neuen Gesetzes über die Militärdienstzeit, und die vom Bloc gewünschten Reformen begegneten heftigem Widerspruch bei den alten Generalen. Der Senator General Billot sprach die Hoffnung aus, daß der Staatschef vielleicht von seinem Rechte Gebrauch machen und eine neue Beratung des Gesetzes im Parlament anordnen werde. Der Präsident des Senats unterbrach den Redner ziemlich erregt. „Es ist nicht angängig, rief er, den Staatschef in diese Erörterungen zu verwickeln, und vor allem nicht, an ihn gegen die Kammern zu appellieren.“ „Das steht aber doch groß und breit in der Verfassung!“ antwortete Billot. Der Vorsitzende des Senats, der eine so geringe Meinung von der Machtvollkommenheit des Staatspräsidenten hatte, hieß Armand Fallières, und ist nun am 17. Januar selbst zum ersten Beamten der Republik gewählt worden. Die französische Verfassung ist noch jung, und die Auslegung ihrer Artikel bei Staatsrechtslehrern und Politikern äußerst widerspruchsvoll. Wenn jetzt Fallières in seiner ersten Ansprache nach der Wahl in Versailles erklärt hat, er wolle sich streng an die Vorschriften der Konstitution halten, so ist damit noch nicht gesagt, wie er sein Amt aufzufassen gedenkt. Casimir-Périer, der mißvergnügt nach wenig Monaten die Präsidentenwürde von sich warf, behauptet auch jetzt noch, daß dem Herrn im Elysée ein einziges persönliches Recht uneingeschränkt bleibe: bei nationalen Festen den Vorsitz zu führen — aber auch nicht mehr. Reinach dagegen meint, daß der Präsident der Republik bei richtiger Anwendung seiner verfassungsmäßigen Befugnisse mächtiger als der König von England sei; ob damit viel gesagt ist, mag dahingestellt bleiben, denn auch die Sozialisten, die einen Staatschef an sich für überflüssig halten, waren einst nach der Saurèschen Humanité geneigt, dem französischen Präsidenten einen „Luxusposten, wie den des Königs Eduard“ zu lassen. Gerade dieser Monarch hat doch aber gezeigt, was eine kluge und starke Persönlichkeit aus anscheinend leeren Paragraphen für eine Lebensfülle hervorzaubern kann. Die geringschätzig Beurteilung des Staatspräsidiums, die heute in weiten Kreisen so beliebt ist, findet in der Verfassung von 1875 keine Begründung. Es sei hier nur erwähnt, daß der Präsident nach freiem Ermessen die Kammern für einen Monat vertagen kann, und zwar zweimal in derselben Sitzungsperiode. Er hat das Recht, sich in einer Botschaft jederzeit an das Parlament zu wenden, er kann nach der Verfassung, darin hatte der Senator General Billot unzweifelhaft Recht, eine wiederholte Beratung von Gesetzentwürfen verlangen. Der Staats-

präsident verhandelt über Staatsverträge und ratifiziert sie, ohne den Kammern davon Kenntnis geben zu brauchen. Er hat das Begnadigungsrecht, hat die Verfügungsgewalt über die bewaffnete Macht, kann zwar die Minister nicht direkt entlassen, aber doch durch die Verweigerung seiner Unterschrift für ein Gesetz oder auch nur eine Verordnung ihren Rücktritt erzwingen. Die Schöpfer der Verfassung von 1875 waren selbst davon überzeugt, daß die Republik dem Staatsoberhaupt eine ganz außerordentliche Macht einräume. Louis Blanc sprach es aus, daß man dem Präsidenten mehr als königliche Rechte zubillige, und daß man die Dauer der parlamentarischen Beratungen geradezu der Willkür des Präsidenten überlasse. Gambetta rief den Anhängern Mac Mahons zu: „Wir haben uns dazu verstanden, Ihnen die stärkste Exekutivgewalt zu lassen, die jemals in einer Demokratie geschaffen ist.“ Wie ist es da möglich, daß man heute so ganz andre Vorstellungen von der Stellung eines französischen Staatspräsidenten haben kann?

Die Erklärung liegt einmal in dem Artikel der Verfassung von 1875, durch den sie sich so grundlegend von der Verfassung von 1848 unterscheidet. Die zweite Republik gab dem Präsidenten die Verantwortlichkeit, die dritte Republik erklärt: „Der Präsident ist nur im Falle des Hochverrats verantwortlich.“ Die Belastung des Präsidenten von 1848 mit der Verantwortung hat seine Machtfülle so gestärkt, daß er den Staatsstreich des 2. Dezember wagen konnte, das Privileg der Unverantwortlichkeit hat dagegen alle so wichtigen Vorrechte des Präsidenten der heutigen Republik gelähmt. Verantwortlich sind nur die Minister, die ihrerseits nichts als die Kommiss der Kammermehrheit sind. Jede Unterschrift des Präsidenten ohne ministerielle Gegenzeichnung hat nur den Wert einer Schreibübung. Das Recht des Veto gegen ein Gesetz und alle andern Machtbefugnisse des Staatsoberhaupts schweben also völlig in der Luft. Gewiß kann es der Präsident auf einen Konflikt ankommen lassen und das Ministerium zur Abdankung zwingen, aber er kann den Kammern keine Regierung gegen ihren Willen aufnötigen. Da aber die Gesetzgeber von 1875 doch unmöglich alle die Artikel von den Vorrechten des Staatspräsidenten als leere Spielerei betrachtet haben werden, so ist die Konstitution Frankreichs auch heute noch ein Gewebe von Widersprüchen, die bisher vergeblich ihrer Lösung harren. Mac Mahon war der letzte, der es wagte, seinen Willen gegen das Parlament zur Geltung zu bringen; es ist ihm nicht gut bekommen, und von seinen Nachfolgern hat es keinen nach einem neuen 16. Mai 1877 gelüftet. Die Auslegung, die den dunkeln Stellen der Verfassung von der immer radikaler werdenden parlamentarischen Demokratie gegeben ist, wurde seit Grévy's Zeiten auch für die Präsidenten praktisch maßgebend. Damit ist aber in keiner Weise gesagt, daß diese Auslegung auch richtig ist, und daß nicht eine starke, staatsmännische Persönlichkeit, die kühn genug ist, einem Konflikt mit den andern konstitutionellen Gewalten nicht ängstlich auszuweichen, nicht einer vollständigeren Auffassung vom Wesen der Präsidentschaft zum Siege verhelfen könnte. Hier berühren wir aber den zweiten Punkt, der das allmähliche Verblasen der Autorität des Staatsoberhaupts erklärt. Es hat immer an kräftigen, entschlossenen Charakteren an der Spitze der Exekutiv-

gewalt gefehlt. Von Thiers an, der sogar den Ausdruck: chef de l'Etat entschieden ablehnte, bis Loubet haben sich alle Präsidenten — abgesehen von Mac Mahon — ängstlich gehütet, auch nur den Anschein zu erwecken, als wenn sie ihrer Würde einen Schimmer von Selbstherrlichkeit oder auch nur eigener Initiative geben wollten, und die Nationalversammlung hat sich mehr und mehr bemüht, von allen Kandidaten immer gerade den zu wählen, der sich am besten der vom Parlament gewünschten subalternen Einschätzung des Postens im Elysée anzuschmiegen schien. Die Gambetta, Ferry, Waldeck-Rousseau konnte man nicht brauchen. Herr Doumer ist ein politisch ziemlich unbeschriebenes Blatt, doch gehört er zur radikalen Linken. Wenn er trotzdem der Feindseligkeit der geschlossenen Demokratie, seiner eignen Gesinnungsgenossen, unterlag, so ist das dem Argwohn der combistischen Zionswächter zuzuschreiben. Der jugendliche Doumer könnte ja vielleicht gegen den Willen des Bloc die Verfassungsartikel 2, 3, 7 und 8 so ausdeuten, wie es die Schöpfer dieser Verfassung wollten.

Armand Fallières ist der Sieger, und mit ihm siegt von neuem die Theorie, daß der Staatspräsident nur dazu da sei, den Willen des Parlaments zu vollstrecken, Unterschriften zu geben und im Notfall Ministerien zu bilden, die ihre Weihe aber erst im Palais Bourbon erhalten. Mit seinem Einzug ins Elysée werden die Hoffnungen auf eine Revision der Verfassung zu Grabe getragen, diese Revision, die einst gerade von der Linken so dringend gefordert wurde, und die heute als Staatsstreichversuch denunziert wird, wo sich der Radikalismus fest in den Sattel gesetzt hat. Fallières bezeichnete in Versailles Loubet als sein Vorbild. Darin liegt ein Programm. Das formelle Programm, daß sich auch der neue Präsident der engen Auffassung von den Rechten und Pflichten des Staatshaupts gehorsam zeigen wird, wie sie nun so langsam Gewohnheitsrecht wird. Fallières konnte wohl nichts anderes erklären, da er ja gerade dem Vertrauen der Linken, er werde alles beim alten lassen, seine Wahl verdankt. In der Rede des Nachfolgers Loubets liegt aber auch ein sachliches Programm. Fallières will das Staatsschiff in dem Kurse lassen, der ihm von den drei Ministerien Waldeck-Rousseau, Combes, Rouvier gegeben worden ist. Wir werden also den weiteren Ausbau der demokratischen Reformen verfolgen können. Fallières gilt als eifriger Sozialpolitiker, und die immer zurückgesetzten Arbeiterpensionen und sonstigen Pläne zur Verbesserung der Lage der proletarischen Massen werden hoffentlich von ihm etwas gefördert werden, denn auf diesem Gebiete marschirt Frankreich wahrhaftig nicht an der Spitze der Zivilisation. Sehr unangenehm wird es den Mittelparteien sein, daß Fallières sehr radikale Ansichten über die Steuerreform hat. Die progressive Einkommensteuer rückt damit etwas näher, und Rouvier, der sie in Wahrheit nicht leiden kann, wird aus seiner zweideutigen Stellung in dieser Frage wohl etwas herausrücken müssen. Fallières war bis zu seiner Wahl zum Senatspräsidenten sonst ein gemäßigter Republikaner der Gambetta-Ferryschen Richtung. Heute gebärdet er sich als hitziger Anhänger der radikalen Gedanken, die er einst in seiner Ministerzeit so kräftig bekämpft hat. Die Zukunft wird lehren, ob er in dieser Entwicklung nach links zu verharren gedenkt. Im Interesse Frankreichs wäre zu hoffen, daß

er die Kulturkämpferei der Marke Combes nicht fortsetzt. Das Land hat einstweilen an der zähen Separationspeise genug zu kauen und zu verdauen. Für weitere Unterrichtsreform will Fallières auch eintreten; das wäre sehr zu wünschen, denn das Staatschulwesen ist wahrlich nicht musterhaft in Frankreich. Mit der Zwangsstaatschule und dem Übergang vom „Laicisieren“ zum positiv atheïstischen Unterricht wird der neue Präsident jedoch wohl kaum Glück haben. Wir glauben auch nicht, daß es Fallières mit solchen Plänen bitterer Ernst ist; wollen ihn seine Gegner auf der äußersten Linken doch sogar als verkappten Merikalen verdächtigen. Warum? Weil die Verwandtschaft des neuen Präsidenten daheim im gascognischen Lande gut katholisch ist, und ein Fallières sogar auf einem Bischofsstuhl sitzt.

Wir haben hier die innerpolitische Stellung Fallières kurz besprochen, weil der persönliche Einfluß des neuen Präsidenten auf seine Umgebung ja keineswegs zu unterschätzen ist. In die Gesetzgebungsmaschinerie wird aber der neue Staatschef ebensowenig mit eignen Entwürfen eingreifen wie der heutige, zum wenigsten nicht mit Berufung auf sein hohes Amt. Auch wenn Fallières Umwandlungen von eigener Initiative zeigen wollte, so würde das auf die politische Entwicklung Frankreichs an sich noch keinen Einfluß haben. So lange wir nicht die Zusammensetzung der neuen Deputiertenkammer kennen, sind alle Berechnungen und Vermutungen über den weitem Gang der innern Politik ganz haltlos. Wir können nur annehmen, daß bis zum April, wo das Palais Bourbon geschlossen wird, sich nichts sonderliches in der Regierung ändern wird; bis dahin wird voraussichtlich auch Rouvier im Amte bleiben. Wir haben schon bei einer frühern Gelegenheit ausgeführt, daß wir auch von den Maiwahlen keine Umwälzung im Innern erwarten. Immerhin können Parteiverschiebungen eintreten, die ein neues Ministerium oder doch eine Umbildung des gegenwärtigen nach der einen oder der andern Richtung notwendig machen. Sollte sich — was nicht sehr wahrscheinlich ist — eine große Stärkung der gegenwärtigen entschiednen Opposition ergeben, so müßte Fallières, der Vertrauensmann der Radikalen und der Sozialisten, auch mit einem progressivistisch-nationalistischen Ministerium regieren, ob er wollte oder nicht. Das sind eben die Folgerungen der staatsrechtlichen Theorie, deren Vertreter Fallières ist. Freilich bliebe auch einem Stärkern nur die Aussicht auf Kampf und kaum auf Sieg in einem Streite mit dem Parlament, so wie sich dessen Stellung heute entwickelt hat. Herr Fallières kann aus eigener Machtvollkommenheit aber weder die Pelletan und André dem Volk aufzwingen, wenn die Kammer sie nicht will, noch kann er mit einem Federstriche alle Welt mit dem Achtstundentag beglücken — obwohl die guten Leute und schlechten Musikanten, die hier volkstümliche Politik machen, beides steif und fest am Mittwoch behauptet haben.

Fallières wird Loubet auch in den Bahnen der äußern Politik folgen. Man hat viel gesprochen von dem persönlichen Einfluß des gegenwärtigen Präsidenten auf die internationalen Beziehungen. Mit Sicherheit ist darüber heute nichts festzustellen, und wenn Fallières sich hier seinen Vorgänger zum Muster nehmen will, so kann das nur so gemeint sein, daß er die Politik beibehalten will, wie sie sich durch Loubet entwickelt hat. Man gefällt sich in Deutschland anscheinend in vielen Kreisen in der Vorstellung, als wenn mit dem neuen

Präsidenten ein Hort des Friedens, ja der Freundschaft gewonnen sei. Dasselbe hat man aber auch von Loubet gesagt, und doch hat es der gegenwärtige Staatschef zum mindesten nicht gehindert, daß Delcassé die ernsteste Kriegsgefahr zwischen den Vogesennachbarn seit 1870 heraufbeschworen hat. Wir glauben nicht, daß Doumer seine Amtsführung mit einer Kriegserklärung begonnen hätte, wie dies die Radikalen behaupteten. Dazu wäre der Präsident auch gar nicht in der Lage. Wir glauben aber auch nicht, daß Fallières die Neigung oder die Kraft hätte, einen Krieg, der unvermeidlich geworden wäre, zu verhindern. Wenn es heute schon einem Monarchen kaum möglich ist, ein Volk gegen seinen Willen in einen Krieg hineinzujagen oder umgekehrt in Lagen, wo die Flinten sozusagen von selbst losgehen, einen Zusammenstoß zu verhindern, so hat der schwache Mann im Elysée erst recht nicht die Fähigkeit dazu. Man darf aber nicht verkennen, daß nach der französischen Verfassung gerade auf dem Felde der äußern Politik dem Präsidenten eine nicht zu unterschätzende Bewegungsfreiheit gegeben ist. Die französische Diplomatie hat im letzten Jahrzehnt fast immer gegen den Willen der Volksmehrheit gehandelt. Vom Rückzug von Faschoda an bis zum Marokkoabkommen mit der Opferung der republikanischen Ansprüche auf Ägypten und Neufundland ist das Volk und mit ihm das Parlament immer durch den Herrn am Quai d'Orsay vor vollendete Tatsachen gestellt worden, gegen die sich die öffentliche Meinung auflehnte, und die doch nicht ohne Blamage oder ernststen Schaden rückgängig gemacht werden konnten. Loubet ließ seinen Lieblingsminister Delcassé diese Methode, das Parlament und die übrigen Minister als *quantité négligeable* zu behandeln, so lange fortsetzen, bis es im Juni 1905 unangenehm nach Pulver zu riechen begann. Auf diese Wege eigenmächtiger Experimentalpolitik wird Herr Fallières seinem Vorgänger und Herrn Delcassé kaum folgen; die Lehren des letzten Jahres sind doch zu ernst. Wohl aber mag es ihm beschieden sein, durch seine eigne vertrauenerweckende Persönlichkeit die Sympathien für die Republik überall zu mehren. Die Ententen mit England, Italien, Spanien sind sicher mit ein Erfolg Loubets, und insbesondere waren es die Beziehungen des Republikaners im Elysée zum gekrönten Schlossherrn von Sandringham, die den englisch-französischen Freundschaftsbund hegten, von dem das französische Volk zuerst gar nichts wissen wollte, und der auch heute noch als ein Werk der Kabinettsdiplomatie keine tiefen Wurzeln im nationalen Empfinden geschlagen hat. Fallières hat sich bisher nie mit äußerer Politik beschäftigt, und er wird sich, zum wenigsten in der ersten Zeit, in dieser Beziehung wohl ganz seinem Freunde und alten Kampfgenossen Rouvier anvertrauen und bei ihm in die Lehre gehn. Wir glauben, daß Fallières dann, wenn er sich selbst für ein eignes System entscheiden soll, sich eher an das des jetzigen Leiters der auswärtigen Politik Frankreichs als an das Delcassés halten wird; wir glauben das, weil eine solche Entscheidung im Interesse der Republik, nicht etwa, weil sie im Interesse Deutschlands liegt.

Die beste Gewähr für den äußern Frieden ist heute in Frankreich die Verfassung, so groß ihre Mängel für die innere Politik sind. Die Republik wird nicht kriegerisch sein, weil ein unglücklicher Feldzug eine neue Revolution, und weil ein Triumph der französischen Waffen die Militärdiktatur bringen

würde. Das Erstarken der Demokratie: das ist die Bedeutung des 17. Januar. Wenn man sich der Straßenunruhen beim Einzuge Loubets vor sieben Jahren und beim Leichenbegängnis Felix Faures erinnert und die letzten Tage hier in Paris durchgemacht hat, wird man den Fortschritt ermessen können, den die Republik gemacht hat. Beide Kandidaten, die sich diesmal in Versailles gegenüberstanden, waren radikale Republikaner, denn der Zulauf, den Doumer von der Rechten erhalten hatte, war nicht durch die Hoffnung der Monarchisten veranlaßt, Doumer könne zu einem Staatsstreich die Hand bieten, sondern nur ein Manöver parlamentarischer Taktik, um den Günstling des Bloc zu beseitigen. Die Ruhe, mit der die Volksvertretung den Übergang der Exekutivgewalt auf einen neuen Staatshof beschlossen hat, kann auf keinen unbefangenen Beobachter ohne Eindruck bleiben, und die Genugtuung der Republikaner ist begreiflich. Das ganze Land hat in lebhaften Kundgebungen die Wahl von Versailles gebilligt, ja auch die Gegner Fallières beeilen sich, zu erklären, daß sie nichts gegen die Person des neuen Präsidenten einzuwenden haben, für den die Sympathien in allen Kreisen offenbar im Wachsen sind. Der schlechte Kleinbürgersohn aus Mézin wird die Vorurteile unsrer republikanischen goldnen Jugend, die ihn spottend einen „Loubet ohne Hosenträger“ nennt, zusehends machen. Fallières kann durch seinen Namen bei den nächsten Wahlen eine starke Mehrheit seiner Regierung verschaffen, wenn er dafür sorgt, daß Rückfälle in die kleinliche, verfolgungsfüchtige und gewaltsame Art von Combes und Pelletan vermieden werden.

Von neuem haben wir gesehen, daß das französische Volk Ruhe haben will, Ruhe und Versöhnlichkeit im Innern, Ruhe und Frieden nach außen. Diese Wünsche vermag ein wohlwollender und ehrlicher Staatsmann leicht zu erfüllen, auch wenn er kein Genie ist, und wir hoffen, daß es dem neuen Präsidenten der französischen Republik beschieden sein möge, Frankreich während der nächsten sieben Jahre in friedlicher Arbeit und ruhigem Fortschritt den wahren und guten Idealen seines Volks entgegenzuführen, mit dem wir uns oft genug haben raufen müssen, das wir aber in Wahrheit niemals gehaßt haben, und mit dem wir, soweit es an uns liegt, in aufrichtiger und herzlichster Freundschaft leben wollen.

Paris

Franz Wugl



Mein Freund Prospero

Von Henry Harland

(Fortsetzung)



In der Mitte der Steineichenallee, die vom Schloß zum Haupteingang des Gartens führte, kauerte Annunziata in ihrer grauen, peplumartigen Schürze, mit ihren über die Schultern wallenden Locken, in dem Winkel einer Marmorbank und betrachtete mit lebhaftem Interesse eine weiße Blume, die auf ihrem Schoße lag. Es war die wärmste und friedlichste Zeit des Nachmittags. Die Sonne schien heiß; kein Blättchen rührte sich, kein Schatten zitterte, und das zuweilen ertönende Pfeifen einer Amsel irgendwo in der grünen Blätterwelt da oben schien nur der Stille einen fröhlichen Rhythmus zu geben.